

Der Grosse Rat stimmte Systemwechsel zu und schuf neue Staatsaufgabe - zur Entlastung der Gemeinden

Der Kanton beaufsichtigt inskünftig Stiftungen

H. P. W. Die gesetzliche Aufsicht über Personalvorsorge-Stiftungen wird im Aargau einer neu zu schaffenden kantonalen Amtsstelle übertragen. Die Gemeinderäte werden dadurch entlastet. Bisher übten sie die Aufsichtspflicht aus. Sie waren aber - wie an der gestrigen Grossratsitzung festgestellt wurde - vielfach überfordert. Der Grosse Rat stimmte deshalb einer Änderung des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch in erster Lesung mit 109 gegen 3 Stimmen zu. Im weitem genehmigte er die Jahresberichte der kantonalen Spitäler, der Strafanstalt Lenzburg und des Erziehungsheims Aarburg, und er wählte erstmals selber ein Mitglied des aargauischen Erziehungsrates.

Wiederholt wurde im Grossen Rat die Änderung der Aufsichtspflicht über das Stiftungswesen gefordert. Die bisherige Regelung basierte auf Gesetzesgrundlagen aus dem Jahre 1911. Seither haben sich die Verhältnisse gewandelt. Die Zahl der Stiftungen nahm mit dem Ausbau der beruflichen Vorsorge ständig zu. Damit stieg auch die Verantwortung der Stiftungs-Aufsichtsbehörden. Sie hatten sich zu vergewissern, dass die Stiftungsvermögen - oft Millionenbeträge - sorgfältig verwaltet und mündelsicher angelegt wurden. Bei dieser Aufgabe waren die Gemeinderäte und Bezirksamter nach Ansicht etlicher Beteiligten fachlich, materiell und zeitlich überfordert. Deshalb wurde eine neue Lösung mit einer Zentralisation der Kontrolle angestrebt.

Das neue Bundesgesetz über die berufliche Vorsorge (BVG) veranlasste den Regierungsrat zusätzlich zum Handeln, denn es bestimmt, dass jeder Kanton eine Behörde zu bezeichnen hat, welche die in seinem Gebiet domizilierten Vorsorgeeinrichtungen beaufsichtigt. Regierungsrat Dr. Louis Lang unterstrich diese zwingende bundesrechtliche Vorschrift, nachdem die Notwendigkeit einer neuen kantonalen Aufsichtsinstanz nicht allen Grossratsfraktionen gegeben schien. Vor allem die CVP opponierte der neuen Amtsstelle. Ihr Sprecher Marcel Geissmann (Häggingen) widersprach entschieden der Behauptung, die Gemeinden seien nicht mehr fähig, die Vorsorge-Stiftungen seriös zu prüfen. Er löste damit in der «Gewerkschaft der Gemeindeammänner» - der einflussreichsten politischen Gruppierung im Grossen Rat, wie manchmal behauptet wird - unterschiedliche Reaktionen aus. Die Stadt- und Gemeindeammänner von Baden, Laufenburg, Lupfig und Rothrist begrüßten eine zentrale Aufsichtsinstanz. Er habe wegen der Stiftungsaufsicht schon schlaflose Nächte gehabt, verriet der Rothrist Ammann Walter Rüeßger.

Private Kontrolle, staatliche Aufsicht

Während die SP-Fraktion und auch die EVP die neue kantonale Amtsstelle vorbehaltlos unterstützten, versuchte man im bürgerlichen Lager, den Wirkungskreis dieser Instanz auf das Nötigste zu beschränken. Insofern kam man den Bedenken der CVP-Fraktion etwas entgegen. Der Christlichdemokrat Josef Rennhard (Würenlos) und der Freisinnige Dr. Jan Kocher (Baden) brachten in der Detailberatung Anträge ein, die auf eine sinnvolle Arbeitsteilung zwischen privater Kontrolle und öffentlicher Aufsicht der Vorsorgeeinrichtungen hinzielten. Vor allem ging es ihnen darum, Doppelspurigkeiten zu vermeiden. Sie wollten den Kanton daran hindern, für die neue Aufgabe ein engmaschiges bürokratisches Netz aufzuziehen; vielmehr sollte der privaten Stiftungskontrolle soviel Raum wie möglich gelassen werden. Regierungsrat Lang, unterstützt vom SVP-Sprecher Reinhard Gloor (Birr), unterschied scharf: Private Kontrolle ja, aber private Stiftungsaufsicht nein.

Das neue BVG stelle übrigens die Weichen in bezug auf eine sinnvolle Arbeitsteilung schon richtig, argumentierte der Departementschef: Es schreibe vor, dass jede Vorsorgeeinrichtung eine Kontrollstelle bestimmen müsse. Hier sei das Arbeitsfeld für private Spezialisten, wie Treuhänder, gegeben - die Aufsicht aber müsse in staatlicher Hand sein. Immerhin war Lang bereit, die Anregung Kochers auf die zweite Lesung hin zu prüfen, und er beharrte auch nicht darauf, dass der Grosse Rat sogleich vier neue Planstellen bewilligte. Vielmehr nahm er den von Dr. Victor Rickenbach (fdp, Baden) vorgetragenen Wunsch entgegen, die Regierung möge auf die zweite Lesung hin noch Aufschluss über die Arbeitsbelastung und die Kosten der neuen Aufsichtsstelle erteilen. Deren Aufwendungen sollen übrigens im Sinne des Verursacherprinzips den Stiftungen verrechnet werden, so dass die neue Staatsaufgabe den Kanton nicht stark belasten wird. Nach der Änderung der Stiftungsaufsicht hiess der Rat eine weitere Korrektur des Einführungsgesetzes zum ZGB gut, mit der das Pflichtteilsrecht für Geschwister bei Erbgängen aufgehoben wird. Diese Änderung war unbestritten.

Die Probleme der Strafanstalt

Bei der Behandlung des Jahresberichtes 1981 der Strafanstalt Lenzburg beherrschten drei Fragenkomplexe - das Drogenproblem, die Sicherheitsrisiken und der Personalbestand - die Diskussion. Etwa ein Viertel der Anstaltsinsassen sind drogenabhängig. Der Drogenschmuggel ins Zuchthaus wird mit verschiedensten Mitteln praktiziert (zum Beispiel Verstecke in Früchten usw.). Die heutige Besucherregelung ist unhaltbar. Erschwerend für die Betreuung der Strafgefangenen wirkt sich der zunehmende Anteil an Ausländern aus (im vergangenen Monat betrug er bereits 35 Prozent). Auffallend ist die starke Zunahme türkischer Insassen; ihre Zahl stieg im letzten Jahr von 4 auf 11. Es handelt sich dabei ausschliesslich um Drogenhändler. In diesem Zusammenhang nahm Regierungsrat Dr. Louis Lang kurz zu Anschuldigungen gegen den Aargauer Fremdenpolizei-Chef Hans Müller Stellung, dem eine «Arbeitsgemeinschaft Türkeiflüchtlinge» und einige Schriftsteller, wie berichtet, die Missachtung des Asylgesetzes vorgeworfen haben (vgl. Kästchen). Eine Verbesserung der Sicherheitsvorkehrungen in der Strafanstalt wird ins Auge gefasst. Der Departementsvorsteher ging verständlicherweise nicht auf. Details ein. Sodann ist eine Aufstockung des sehen. Der Jahresbericht wurde nicht verabschiedet, ohne den Wechsel in der Anstaltsleitung zu würdigen. Von verschiedenen Seiten verdankte man nochmals die langjährige, pionierhafte Arbeit des früheren Direktors Dr. Ernst Burren. Mit Dr. Martin L. Pfrunder scheint letztes Jahr ein würdiger Nachfolger gefunden worden zu sein.

Die Jahresberichte der Spitäler

In der Nachmittagssitzung sanktionierte der Rat diskussionslos die Jahresberichte der Kantonsspitäler Aarau und Baden sowie der Psychiatrischen Klinik Königsfelden. Nach den Worten von Kommissionspräsident Dr. Hugo Schumacher (cvp, Klingnau) hat sich die Personalsituation an den kantonalen Spitälern beruhigt, die Fluktuation bleibt aber gross (30 Prozent im Jahr). Erstmals ist wieder ein geringer Rückgang an Pflegetagen zu verzeichnen, die Betriebskosten stiegen aber weiter; dass trotzdem nicht höhere Defizite zu verzeichnen waren, ist auf die Anhebung der Spitaltarife zurückzuführen. Die Spitäler Aarau und Baden kämpfen mit dem Problem der Unterbringung von Chronischkranken. Aarau wartet auf die dritte Neubauetappe und hat auch mit dem Parkplatzproblem Sorgen. Im Kantonsspital Baden zeigen die eingeleiteten Energiesparmassnahmen erste Früchte: Die Wäscherei will 1982 100 Tonnen Heizöl einsparen. In Baden zeichnen sich sodann Wünsche nach neuen Geräten in der Nuklearmedizin ab. Das Wort «Computertomograph» liegt in der Luft.

Am Anfang der Morgensitzung wurde der neu gewählte Oberrichter lic. iur. Werner Huber, Wohlen, als Mitglied des Verwaltungsgerichts in Pflicht genommen und Werner Roth, Sekundarlehrer in Spreitenbach, als

neues Mitglied des Erziehungsrates gewählt. Es war das erste mal, dass der Grosse Rat eine solche Wahl vorzunehmen hatte; das neue Schulgesetz übertrug ihm hier eine Kompetenz, die früher bei der Regierung lag. Das Wahlprozedere blieb das gleiche: Es gab einen Zweiervorsehlag - was den Chef der EVP-Fraktion, Ernst Roht, zur Frage drängte, ob es in Anbetracht der unbestrittenen Ersetzung richtig sei, einen zweiten Kandidaten aufzustellen und zu «verheizen». Für die Evangelische Fraktion dürfte die «Qual der Wahl» besonders gross gewesen sein, weil ihr beide Kandidaten nahe zu stehen scheinen. Sie habe sich, so verlautete in den Wandelgängen, für Erich Vogel, Sekundarlehrer in Safenwil und früher Mitglied des Verfassungsrates, entschieden. Auf ihn entfielen 51, auf den gewählten Werter Roth 89 Stimmen.

Die Aargauer Regierung steht hinter dem Fremdenpolizeichef

Keine offizielle Klage eingetroffen

at. Der Regierungsrat hat sich hinter den kantonalen Fremdenpolizeichef Hans Müller gestellt, der wegen seiner Asylpraktiken hart angegriffen worden ist. Müller genieesse das Vertrauen der Regierung, erklärte Regierungsrat Dr. Louis Lang gestern vor dem Grossen Rat.

Damit reagierte der Regierungsrat auf die Forderung einer «Arbeitsgemeinschaft Türkeiflüchtlinge» und einer Gruppe von Schriftstellern, welche Müllers sofortige Suspendierung gefordert hatten. Regierungsrat Lang sagte, die in Zürich erscheinende «Wochen-Zeitung» - in der ein Brief des aargauischen Fremdenpolizeichefs abgedruckt wurde - sei nicht das «Schreibpapier der Regierung», Im übrigen hätten sich die «Dichter und Denker» nicht beim Regierungsrat gegen Müller beschwert.